

1/5 C 35-290

Informationsdienst

DER DEUTSCHEN FRIEDENSGESELLSCHAFT
HERAUSGEGEBEN



BUND DER KRIEGSGEGNER E · V
V. BUNDESVORSTAND

Nr. 12

Nr. 12

Dezember 1963

EIN WORT AN UNSERE MITGLIEDER UND FREUNDE!

Die vorige Ausgabe des Informations-Dienstes unterrichtete Sie ausführlich über den Verlauf der im Monat Oktober stattgefundenen Bundestagung und vermittelte Ihnen die Beschlüsse und EntschlieBungen.

Das Gesamtthema der Tagung: Landesverrat in juristischer, ethischer und politischer Sicht wurde von drei mit der Sachlage bestens vertrauten Juristen, bzw. Theologen vorgetragen. Es gilt nunmehr die gewonnenen Erkenntnisse zu verwerten und zu vertreten. Das wird uns um so mehr gelingen als es uns möglich sein wird, auf unsere Bedeutung als älteste deutsche Friedensorganisation hinzuweisen. Dazu gehört allerdings auch eine ständige Initiative in unseren Organen, den Landesverbänden und Ortsgruppen. Vom Schreibtisch aus allein kann man keine Forderungen durchsetzen; von hier aus kann man allenfalls den Text formulieren.

Alle Freunde, die an der Tagung in Bochum teilgenommen haben, werden mit uns der Meinung sein, daß der Besuch sehr zufriedenstellend war und darauf schließen läßt, daß das Leben in den Gruppen lebendig und gestaltend ist. Sehr befruchtend hat sich den Gruppen, in denen eine enge Verbindung mit einem der ebenfalls in der WRI vereinigten Verbände besteht, diese Zusammenarbeit bewährt. Wenn diese Zusammenarbeit in den Gruppen gewährleistet ist, kann auf der Ebene der Organisations-Vorstände ebenfalls viel enger beraten und gestaltet werden. Dies um so mehr, wenn alle Freunde, gleich welchem Verband sie auch angehören, guten Willens hierzu sind. So hoffen wir, daß uns im Laufe des nächsten Jahres ein größerer Erfolg beschieden sein wird.

Mit dieser vereinten Kraft hoffen wir vor allem, daß wir in unserem Volke die Atmosphäre des Kalten Krieges endgültig bekämpfen und beseitigen können. In diesem Sinne wünschen wir auch der Ostermarsch-Bewegung einen noch größeren Erfolg als in den vergangenen Jahren.

A. Bangel, Bundesvorsitzender

Am 26. November war es unserem bewährten Freunde, dem Mitglied des Kuratoriums Max Z e l c k, Regierungsdirektor a.D. in Hamburg vergönnt, seinen 85. Geburtstag zu begehen.

Präsident und Bundesvorstand sprachen ihm hierzu die herzlichsten Glückwünsche aus.

A U F R U F Z U M O S T E R M A R S C H 1 9 6 4

Die Einstellung der Atomwaffentests ist vereinbart und weitere Entspannungsabkommen bahnen sich an. Damit wächst die Hoffnung, daß der atomare Krieg verhindert und der Friede erhalten werden kann. Die Völker atmen auf: Der radioaktiven Verseuchung der Atmosphäre ist Einhalt geboten - ein e r s t e r Schritt zur umfassenden und kontrollierten Abrüstung ist getan!

Diese Abkommen sind ein Zeichen der Einsicht jener Politiker, die einen Anfang gemacht haben, sie sind ebenso sehr ein Erfolg jener Millionen Menschen in

vielen Ländern, die seit Jahren gegen die atomare Rüstungspolitik auftreten. Jeder einzelne von ihnen hat den Umschwung mit vorbereitet, der sich jetzt vollzieht und dessen Ergebnis die weltweite Billigung der Entspannungsabkommen ist.

Der Friedensplan des Generalsekretärs der U N O zeigt den Weg, auf dem weitere Fortschritte der Abrüstungspolitik möglich sind. Dieser Plan sieht vor:

- X Beendigung der Atomwaffentests auch unter der Erde,
- X Verbot der Verwendung von Nuklearwaffen im Kriege,
- X Maßnahmen zur Verhütung von Überraschungsangriffen,
- X Verträge über atomwaffenfreie Zonen.

Dieser Plan muß Wirklichkeit werden!

Es ist keine Zeit zu verlieren. Die Fesselung des gesellschaftlichen Lebens durch überholtes Militärdenken und die Vergeudung von Produktivkräften durch eine sinn- und maßlose Rüstungspolitik muß in aller Welt ihr Ende finden, wenn eine friedliche und gesicherte Existenz aller Völker der Erde morgen noch möglich sein soll.

Die Forderung nach atomwaffenfreien Zonen steht in einigen Teilen der Welt vor der Verwirklichung. Mitteleuropa hingegen ist nach wie vor konfliktgeladen. Ein Krieg in diesem Gebiet wäre das Ende der mitteleuropäischen Völker. Deshalb rufen wir die Bürger aller Länder Mitteleuropas auf, die Kampagne für Abrüstung zu verstärken und die verantwortlichen Politiker in Ost und West davon zu überzeugen, daß die in Mitteleuropa bestehenden Probleme nur ohne Gewalt und Gewaltsandrohung gelöst werden können. Erneut stellen wir den Ostermarsch 1964 unter das Motto:

- X Mitteleuropa - atomwaffenfrei
- X Mitteleuropa - militärisch verdünnte Entspannungszone
- X Mitteleuropa - Brücke zwischen Ost und West.

Noch immer reichen die Anstrengungen im Westen und Osten unseres Vaterlandes nicht aus, um eine wirkliche Entspannung zu erreichen. Deutschland darf nicht Störenfried sein. Es kann seinen Beitrag zu einer Strategie des Friedens leisten. An die Stelle steigender Rüstungsanstrengungen und der Militarisierung des öffentlichen Lebens in beiden Teilen Deutschlands muß eine aktive Politik der Sicherheit durch Abrüstung treten.

In der Bundesrepublik fordern der Deutsche Gewerkschaftsbund und andere gesellschaftliche Gruppen eigene Abrüstungsinitiativen der Bundesregierung. Mit dieser Forderung stimmen wir überein. Wir schlagen vor:

- X Verzicht auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen,
- X Zustimmung und Beitritt der Bundesrepublik zu allen Vereinbarungen, die zum Verzicht auf Gewalt führen,
- X Initiative der Bundesrepublik zu Verhandlungen über ein atomwaffenfreies militärisch verdünntes Sicherheitssystem in Mitteleuropa.

Wir erklären: Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie, ein Ja zur Forderung des Grundgesetzes der Bundesrepublik: dem Frieden der Welt zu dienen. Ein Politik der Abrüstung in Mitteleuropa kann verhindern, daß der demokratische Stil unseres Landes durch administrative oder gesetzliche Maßnahmen abgebaut wird.

Wir bitten alle Mitbürger:

- X Unterstützen Sie öffentlich unsere Vorschläge!
- X Arbeiten Sie mit in unserer Kampagne, die unabhängig von jeder parteipolitischen Bindung ist und keine einseitige Stellungnahme im Kalten Krieg kennt!
- X Helfen Sie durch genaue Information die Denkschablone aufzulösen und Gesichtspunkte für friedliche Lösungen zu entwickeln!
- X Machen Sie den Ostermarsch 1964 zu einem Höhepunkt der Kampagne für Abrüstung!

Eine starke Volksbewegung für Abrüstung kann weitere Schritte zu einer inter-

internationalen Friedensordnung vorbereiten. Der Friede kann erreicht und gesichert werden, wenn alle Menschen guten Willens ihr Verlangen nach Abrüstung und Entspannung öffentlich bekunden und in allen Bereichen der Gesellschaft durchsetzen.

(Dieser Aufruf wurde am 3. November in einer großartigen Kundgebung in der vollbesetzten Paulskirche in Frankfurt/Main, zu der der Zentralausschuß der Ostermarschbewegung aufgerufen hatte, der Öffentlichkeit und der Presse übergeben).

P R E S S E I N F O R M A T I O N

Nach einer dpa-Meldung vom 7.11.63 hat das Präsidium der S P D vor einer Unterstützung der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner mit der Begründung gewarnt, die "Argumentation der Kampagne richte sich weitgehend einseitig gegen westliche Verteidigungsmaßnahmen und die Kampagne habe mehrfach die Haltung der Sowjet-Union in Fragen der Wiedervereinigung und Berlins unterstützt und sich so gegen deutsche Interessen gewendet".

Hierzu stellt die Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner fest:

Das Präsidium der S P D hat zur Kampagne für Abrüstung offenbar Stellung genommen, ohne über die Politik der Kampagne auch nur annähernd informiert zu sein. Tatsache ist nämlich, daß die Ostermarsch-Kampagne sich niemals einseitig gegen westliche Verteidigungsmaßnahmen ausgesprochen hat, sondern stets gleichermaßen die Rüstungspolitik in Ost und West kritisiert und Abrüstungsmaßnahmen gleichermaßen für Ost und West gefordert hat. Die Kampagne hat niemals die Politik der Sowjet-Union in Fragen der Wiedervereinigung und Berlins "unterstützt"; die Kampagne sieht ihre Aufgabe darin, Vorschläge für eine Politik der Abrüstung zu unterbreiten, die im wohlverstandenen Interesse von Ost und West liegen, und bei gutem Willen von Ost und West realisiert werden können. Mit einer solchen Politik, so meint die Kampagne, ist den deutschen Interessen am ehesten gedient. Die Kampagne für Abrüstung weist in einem Brief an das SPD-Präsidium darauf hin, daß die zentrale Forderung der Kampagne, nämlich die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, sowohl dem gültigen Programm der SPD wie auch den von der SPD mitbeschlossenen Erklärungen der Sozialistischen Internationale entspricht.

Die Kampagne für Abrüstung fordert das Präsidium der SPD auf, die über die Kampagne verbreiteten Falschinformationen um eines sauberen politischen Stils willen richtigzustellen.

Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Zentraler Ausschuß
gez:

Bochum, den 11. November 1963

Dr. Arno Klönne

B E R U F S I M B E Z I L I T Ä T

Natürlich, es ist eine üble Sache, was da von "Spiegel", "Stern" und "Zeit" enthüllt wird über die erfolgreiche Spionagetätigkeit der deutschen Behörden gegen ihre eigenen Untertanen. Und über die wunderlichen Schutzmaßnahmen für Euren Verfassungsgemüsegarten durch diplomierte Böcke in Gärtneruniformen!

Ich persönlich finde aber noch viel schauerlicher die Selbst-Enthüllungen einer Reihe deutscher Parlamentarier, zu der sie sich im "Spiegel" (Nr. 43) provozieren ließen durch die Frage, was Linksintellektuelle sind! Da sind einige Ausnahmen (Frau Hildegard Hamm-Bücher FDP!), aber was den Rest betrifft, so kann man sagen, daß keine Satire von Tucholsky, Meyrink oder Heinrich Mann auch nur annähernd irgendwo das Maß spießbürgerlicher Blödsinn erreicht, das den Parlamentariern nicht die geringste Mühe zu machen scheint. Es gibt da einen Goppel aus Bayern, - na gut, der Mann ist Ministerpräsident. Aber ein Mann wie Lemmer oder Friedensburg könnte doch wissen, daß ein Heine, ein Ossietzky, Kestner, Brecht, Küster, Kraschutzki, Bertold Jakob usw. usw. doch weiß Gott die konkrete Tat zum theoretischen Wort gefügt haben und daß sie nur "verneinend" waren, um die Reichswehr von ihrer Schwärze, die Kirchen vom Stahlhelm und

das Gesicht der Intellektuellen von dem Brandmal des Hakenkreuzes und der Schmisze zu reinigen!

Eine der Antworten auf die Spiegel-Frage will ich einmal auseinandernehmen, - nicht weil sie tollpatschiger wäre als die anderen, sondern weil sie von einem Berufskollegen stammt, dem Oberstudiendirektor Schwinkowski, Vizepräsident des schleswig-holsteinischen Landtages. Der Einfachheit halber nummeriere ich die Sätze; Unterstreichungen usw. sind von mir:

"(1) Ich bekenne (!) mich zu den Intellektuellen, rechne mich zu zwei Dritteln dazu; wenn auch (?) Schlagwörter nichts besagen. (2) Linksintellektuell ist am ehesten das, was die Amerikaner fellow-treveller nennen. (3) Das sind Leute, die Sehnsucht zum (!) Kommunismus h a b e n, als er (!) noch eine gewisse Rechtfertigung (= Berechtigung) b e s a ß. (4) Sartre ist für mich das Beispiel eines Linksintellektuellen, der seiner Jugend nachtrauert".

Das, wohlgermerkt, ist die Definition für "linksintellektuell", verfaßt von einem deutschen Oberstudienrat.

Der erste Satz ist barer Unsinn: er hat nichts mit der Frage zu tun und es gibt da auch nichts zu "bekennen", ebenso wenig wie Schlagworte. "Ich bin Intellektueller" - das ist eine reine Feststellung. Man kann natürlich sagen, daß man einen solchen Ausdruck nicht liebt und nicht auf sich selber anwenden will, - aber nicht für zwei Drittel!!

In Satz zwei kommt dann die Definition: "Linksintellektuell ist... fellow traveller....." Schw. sucht hier eine natürliche Hinneigung der Linksintellektuellen zum Kommunismus zu suggerieren. Aber es gab "Linksintellektuelle" längst ehe der Kommunismus erfunden war, zudem steht der "Linksintellektuelle" wesenhaft immer dichter bei "Bakunin" als bei "Marx" - also bei den Anarchisten eher als bei den Absolutisten. Entscheidend in diesem Zusammenhang ist jedoch, daß Schw. eine "Was-ist"-Frage als eine "Wer-ist?"-Frage beantwortet. So als wenn man auf die Frage: "Was ist imbezil?" antworten wollte: "Die Kinder in der Hilfsschule".

Irgendwie scheint Schw. auch das Gefühl gehabt zu haben, daß seine Begriffsbestimmung nicht ganz den Aristotelischen Gesetzen genüge. Aber er kann den Faden nicht wiederfinden und so definiert er jetzt nicht den "Linksintellektuellen" sondern seinen "Fellow". Aber Deutsch ist eine schwere Sprache. Der Satz drei soll wahrscheinlich heißen: Fellow-Traveller sind Leute, die Sehnsucht nach dem Kommunismus hatten, (damals) als dieser noch eine gewisse Berechtigung besaß, oder: die sich (jetzt) nach der Zeit zurücksehnen, als usw. - Nun, dann wüßten wir nun, was ein Fellow Traveller ist und der letzte Satz soll ihn uns auch noch in Person forführen: Sartre. - Hier kann man nur schlicht sagen: ausgerechnet. Abgesehen davon, daß wir immer noch keine Bestimmung eines Begriffs sondern immer nur hilflose Verweisungen auf Personen und andere Begriffe bekommen haben: ausgerechnet Sartre von Nostalgie angekränkt, er, der glasharte zynische Existenzialist!! Und dieser Sartre trauert um seine Jugend, "als der Kommunismus noch eine gewisse Rechtfertigung besaß" == Sartre ist 1905 geboren, seine politische Jugend fiel in die Zeit Stalins!

Was linksintellektuell ist, wissen wir jetzt zwar immer noch nicht, wohl aber, wer ein zweidrittel Intellektueller.

Dem Leser hiernach zur Lektüre empfohlen: Tucholsky: "Wie kommen die Löcher in den Käse?"

Hein Herbers, Bilzhoven (Holland)

T A G E D I E D I E W E L T E R S C H Ü T T E R T E N

Der feige Mord an dem Präsidenten der U S A, John F. Kennedy, hat die Welt zweifellos mehr erschüttert als die Folgen eines Erdbebens oder eines Flugzeug- Staudamm- oder Bergwerksunglücks. Auch uns Kriegsgegner traf dieser Mord aufs tiefste, auch obwohl wir in der ersten Zeit der Regierung Kennedys mehrmals wegen der fortgesetzten Atombombenexplosionen bei ihm Protest einlegen mußten.

Ihm kommt neben dem Regierungschef der UdSSR, Chruschtschow, das Verdienst zu, den Frieden der Welt auf dem Höhepunkt der Kubakrise gerettet zu haben. Kennedy ist es auch zum großen Teil zu verdanken, daß er Kalte Krieg in Europa

langsam abgebaut wurde und ein Verhandlungsklima geschaffen werden konnte. Wir Kriegsgegner, die wir jede Art von Mord auf das Schärfste bekämpfen und verabscheuen, sind selbstverständlich auch gegen den politischen Mord, an wem er auch immer vollzogen wird.

Wie konnte es zu dem Mord an Kennedy kommen? Nach einem Aufsatz des bekannten USA-Leitartiklers Walter Lippmann bestand in Dallas in Texas eine Art Narrenfreiheit für Extremisten von rechts und links. Ich zitiere aus einem längeren Aufsatz die wichtigsten Sätze: "Was wir klar sehen müssen, ist, daß, wenn auch Rede, Gerücht und Klatsch nicht eingeschränkt werden, die Sicherheit des Staates auf dem Spiele steht, wenn den Extremisten freie Hand gelassen wird. Die Extremisten mögen die verschiedensten Ideologien verkünden, eines haben sie alle gemeinsam: Sie behandeln ihre Gegner als Feinde, die außerhalb des Rechts und der menschlichen Gesellschaft stehen. Was in Dallas geschehen ist, hätte, um das festzuhalten, auch in einer anderen Stadt geschehen können. Aber es muß gesagt werden, daß der Mord an dem Präsidenten nicht der erste politische Gewaltakt in dieser Stadt ist, sondern ein Teil einer ganzen Serie. Der Mann, der jetzt der Präsident der Vereinigten Staaten ist, wurde dort von einem Mit-Texaner mißhandelt. Der Mann, der die USA bei den Vereinten Nationen vertritt, wurde dort angespuckt. In dieser Atmosphäre politischer Gewalttätigkeit lebte der Mörder des Präsidenten, selbst der Anziehungskraft der Gewalt ergeben, in seiner wertlosen und einsam brütenden Existenz".

Wir in Deutschland sollten wohl noch in Erinnerung haben was eine vom Staat geduldete oder gar geförderte Atmosphäre zu Stande bringen vermag. Da wir in der Weimarer Republik nicht die Kraft aufbrachten die Extremisten und Terroristen von links und von rechts in Schach zu halten, mußten - nicht ein Präsident - wohl aber Minister wie Erzberger, Rathenau und auch andere Politiker ihr Leben lassen und dann endete der Mord im Millionenfachen während des "dritten Reiches".

Freiheit und Demokratie kann man auch zu Grunde richten wenn man denen, die sie ausnutzen, keinen Einhalt gebietet. Freiheit des Wortes, ja, aber nicht Freiheit der Tat.

A. Bangel

D I E G E I B E L D E R F R E I H E I T !

Im nationalsozialistischen Deutschland wurden auf Anordnung des Obersadisten Freissler auch Personen verurteilt und verfolgt, von denen man annehmen konnte, daß sie Gedanken den Wunsch verfolgten, das Hitler-Regime beseitigen zu wollen. Damit konnte man nicht nur die Intellektuellen, sondern sogar Taubstumme hinter die KZ-Mauern bringen oder was immer sicherer war, umbringen.

Es gibt nun leider in unserer Bundesrepublik 99 % Bürger, die der Meinung sind, das sei endgültig vorbei. Weit gefehlt, es wird weiter verdächtigt, verleumdet und angezeigt. Wofür haben wir denn auch die Organe, wenn sie sich nicht betätigen sollen. Sie glauben ich wäre gehässig? Nein, durchaus nicht. Lesen Sie den Prozeßbericht über das Verfahren gegen den Polizeiobermeister Hanisch vor der Kölner politischen Strafkammer. Wenn das keine nationalsozialistische Tragödie ist, dann gibt es wohl keine mehr.

Hanisch war zwar ein vorbildlicher Polizist mit 18 unbescholtenen Dienstjahren, aber er hatte eine alte Mutter in der DDR wohnhaft, und als diese krank wurde, fuhr er mit seinem zehnjährigen Sohn zu ihr. Nach Aachen, seinem Wohn- und Dienstort zurückgekehrt, nahmen sich die Kollegen von 14 K ihn vor. Warum? Dort hat man immer einen "Agentenkomplex" und deshalb sind die immer besser über die Verhältnisse in der DDR informiert als diejenigen, die von Zeit zu Zeit mal ihre Verwandten dort besuchen. Sie durchsuchten die Wohnung, und vernahmen den zehnjährigen Sohn ohne die Erlaubnis des Vaters, sie bastelten die Anzeige zusammen: "Kommunist und Kontaktmann", das war zwar keineswegs bewiesen aber stand für diese "Kollegen" fest.

Nun kam es aber trotzdem anders. Das Gericht sprach Hanisch frei. Daß er die DDR nicht Zone sondern DDR genannt hatte, als er von seinen Vorgesetzten ins Verhör genommen wurde, reichte nicht aus um ihn zu verurteilen. Der Richter bezeichnete die Vernehmung des Sohnes als einen schwerwiegenden Eingriff in die Grundrechte des Staatsbürgers. Landgerichtsdirektor Wiebe erklärte bei der Urteilsverkündung: "Nicht jede Meinungsäußerung hat Propaganda wert". Damit

Damit gehen wir durchaus einig. Nur der Staatsanwalt nicht, er beabsichtigt Berufung einzulegen, er hatte acht Monate Gefängnis beantragt. Nun, leben wir noch im Nationalistischen Zeitalter oder nicht?

A. B.

T O T S C H W E I G E T A K T I K

Unsere Leserin Frau Bommersheim, München, richtete einen Brief an den "Spiegel", der sich mit den sogenannten Contergan-Kindern nach der Methode beschäftigt hatte, den Pelz waschen ohne ihn naßzumachen. Frau Bommersheim wies mit Recht auf die Tatsache hin, daß auf den Philippinen, wo Contergan völlig unbekannt ist, 30 % aller Neugeborenen mißgestaltet zur Welt gekommen seien.

Der Japaner Yoko Moriki teilte in Rom anlässlich einer Pilgerfahrt katholischer Frauen aus der Bundesrepublik mit, daß in Hiroshima und Nagasaki seit 1945 jedes 7. Kind mißgestaltet zur Welt komme und daß

IN JAPAN BEREITS 240000 MIßGEBILDETE KINDER

VORHANDEN SEIEN/ DIE IHREN BEKLAGENSWERTEN ZUSTAND DEN ATOMBOMBENABWÜRFEN und den weiteren atomaren Waffenversuchen zu "verdanken" hätten. Diese Tatsachen seien dem römischen dpa-Vertreter zur Weitermeldung an die Hamburger Zentrale übergeben worden. Wie dieser gesagt habe, hat er das Material auch durchgegeben. Es sei jedoch aus ihm unbekanntem Gründen von Hamburg nicht gesendet worden! (So unbekannt ~~wrscheinlich~~ uns diese Gründe nicht zu sein. Red.)

Der "Spiegel", der immer vorgibt, das bestinformierte Nachrichtenorgan der Bundesrepublik zu sein, unterschlug nach dem Vorbild der offiziellen dpa-Zentrale den Brief mit den angeführten Tatsachen.

(Aus: Das Gewissen, November-Ausgabe).

H a n a u

FRAU PROF. FAßBINDER SPRACH VOR HANAUER FRIEDENSVERBÄNDEN

In höchst anschaulicher und plastischer Weise schilderte die bekannte katholische Pazifistin Frau Prof. Klara Marie Faßbinder in einer gemeinschaftlichen Veranstaltung der Ortsgruppe Hanau der DFG, der Internationale der Kriegsdienstgegner und der Westdeutschen Frauen-Friedens-Bewegung ihre Erlebnisse bei ihren Besuchen im Vatikan und im Kreml, die sie mit einer Frauendelelegation zusammengesetzter Friedensverbände für die Arbeit am Frieden unternommen hatte.

Zweimal nahm sie an einer Audienz beim Papste teil, das erste Mal bei dem verstorbenen Papst Johannes XXIII., den sie schon kennen lernte, als er noch Patriarch in Venedig war. Beide Male seien die Frauen von ihm mit großer Herzlichkeit empfangen worden. Die Gespräche bezogen sich vornehmlich auf die bestehenden gefährlichen Spannungen unter den Völkern und den Menschengruppen innerhalb der Staaten. Der Papst bedauerte, daß nicht alle Sozialisten und Kommunisten Christen seien, aber er erkannte an, daß diese sich für das Wohl der Menschheit einsetzten. Sein Bestreben, die Gegensätzlichen einander näher zu bringen, habe er besonders durch seine berühmte Weihnachtsbotschaft und durch die Einberufung eines weltweiten ökumenischen Konzils gezeigt, erklärte die Rednerin. Alle großen christlichen Kirchen habe er eingeladen dazu Beobachter zu entsenden, auch die russische Kirche, und die russische Regierung habe die Beteiligung von Kirchenvertretern erlaubt. Auch diese wurden vom Papst recht herzlich aufgenommen. Zur Zeit der Kuba-Krise suchte er beide Seiten zu einer Verständigung zu bewegen. Die Frauendelelegation verabschiedete er mit der Mahnung: "Die Frauen sollten Botschafter des Friedens sein". So zeigte er dabei auch seine hervorragenden menschlichen Qualitäten, der sich aufgeschlossen für alle zeigte, aus besonderer Sorge um den Frieden in der Welt.

Frau Prof. Faßbinder berichtete dann noch, wie sie sich mit den Frauen der Friedensbewegung auch beim Weltkirchenrat in Genf und bei der Abrüstungskonferenz für den Frieden einsetzte.

Später sprach die Frauendelelegation auch bei den Machthabern in Moskau vor anlässlich des dort abgehaltenen Kongresses der Internationalen Frauenbewegung für den Frieden. Auch dort seien die Frauen gut empfangen worden. Wohl habe es bei den Verhandlungen Gegensätze zwischen russischen und chinesischen Frauen

gegeben, aber so sei nicht der ganze Verlauf gewesen. Die teilnehmenden Negerfrauen habe sie ganz besonders schätzen gelernt. Von Frau Chruschtschow habe sie erfahren, daß ihre Tochter bei ihrem Besuch bei Papst Johannes XXIII. besonders von dessen warmer Menschlichkeit tief beeindruckt worden sei, als er sagte, im Gedenken an seine eigene Mutter empfinde er ein unverlierbares Verständnis für die Mütter überhaupt. Johannes XXIII. habe in Rußland nicht nur inkirchlichen Kreisen ein ungeheures Ansehen gewonnen.

Frau Prof. Faßbinder habe dann auch Gelegenheit gehabt, vom neuen Papst Paul VI. empfangen zu werden. Aus dem Gespräch mit ihm konnte sie entnehmen, daß auch er die Verhältnisse in der Welt realistisch betrachte und ebenfalls bestrebt sei, die Gegensätzlichen einander näher zu bringen; man müsse bei aller Differenzierung vom Kommunismus beachten, daß auch er sich bemühe, nicht nur äußerliche Verbesserungen zu schaffen, sondern auch den inneren Menschen zu erheben. Daraus ergebe sich in gewissen Beziehungen eine andere Einstellung zu einander, wie auch seine große Eröffnungsrede bei der Fortsetzung des vatikanischen Konzils gezeigt habe,

Mit ihren trefflichen Ausführungen bestätigte Frau Prof. Faßbinder, daß die Friedensfreunde in der Welt nicht allein stehen.

Albert Schaeffer, Hanau

M ü n c h e n

BILDUNG EINER NEUEN GRUPPE

Dank der beispielhaften Regsamkeit unserer Freunde in Nürnberg ist es nunmehr gelungen, nach langer Zeit auch in München wieder eine Gruppe der D F G zu gründen. Nach dem bereits einige Freunde aus München in Nürnberg als Mitglieder geführt werden konnten, erfolgte am 23. November die Gründungsversammlung in München. Der Besuch war erfreulich und so konnte nach längerer Beratung ein provisorischer Vorstand gebildet werden. Ihm gehören an:

- Hermann S t u b e r, München 8, Steinhauserstr. 25 (zugleich Anschrift der Gruppe)-
- 1. Vorsitzender
- Frau Sybille ~~XXXXXXXXXXXX~~ S c h ö p f - W i t t i n g, 2. Vorsitzende
- Max G o r b a c h, Schriftführer
- Desidorius M e y e r - D e y k, Kassierer
- Frau Constanze H a l l g a r t e n, Beisitzer
- Prof.Dr.Dr. Alois W e n z e l, "

Wir wünschen der neuen Gruppe einen guten Start und danken unseren Nürnberger Freunden für ihre gute Arbeit.

Der Bundesvorstand

D o r t m u n d

EIN ABEND MIT KURT TUCHOLSKY

Die Dortmunder Gruppe der I d K ging das Wagnis ein, einen literarischen Abend zu veranstalten. Thema:

KURT TUCHOLSKY, EIN STREITER GEGEN MILITARISMUS UND KRIEG

Nach den Erfahrungen der Dortmunder Volkshochschule sowie diverser Buch- und Literaturclubs erwartete man 20 bis 25 interessierte Besucher, doch welche Überraschung: 70 Menschen füllten den 50 Personen zgedachten Raum. War das antimilitaristische Thema, Kurt Tucholsky, oder beides der Grund des überraschend starken Besuches? Der Verlauf des Abends gab der letzteren Vermutung recht. Glühende, aktuelle Stimmen des Friedens sind selten unter den Schriftstellern der jungen Generation (wie eh und je).

Helmut Kober, bekannt durch seine Vorträge im West- und Norddeutschen Rundfunk gab einen Einblick in das politische Schaffen und Wirken des Friedenskämpfers Kurt Tucholsky, alias Peter Panter, Theobald Tiger, Kaspar Hauser und Ignaz Wrobel.

Sein verzweifertes Anrennen gegen das Erstehen des Faschismus, seine geschliffenen und dennoch scharfen Hiebe gegen Bonzentum, gegen Kriegs- und Soldatenverherrlichung, seine ständig zunehmenden Solidarität zu der Arbeiterschaft

(obwohl aus dem Großbürgertum kommend) und schließlich das Wählen des Freito-
des aus der Bitternis über die politische Entwicklung (auch seines) Deutsch-
lands heraus, all dies erstand unter Helmut Kober's gekonnter Regie packend
und lebensnah vor Auge und Ohr des Besuchers.

Wie aktuell Kurt Tucholsky noch heute ist, beweist folgender Vorfall: Die
"Politische Polizei" war anwesend, horchte und notierte und schmunzelte
(hinter der Hand) zu fünfzig Prozent.

Klaus Wellhardt

GRUNDGESETZ WIRD VERLETZT

Die dem deutschen Bundestag gegenwärtig vorliegenden Entwürfe der sogenann-
ten Notstandsgesetze verletzen nach der Ansicht der Professoren Dr. Ridder und
Dr. Stein (Universität Bonn) in vieler Hinsicht Buchstaben und Geist des Grund-
gesetzes.

"Die Gesetzentwürfe heben die Grenze zwischen Friedensordnung und Kriegs-
recht auf", schreiben die beiden Wissenschaftler in einem im Auftrage der
"Vereinigung deutscher Wissenschaftler" (VdW) zusammengestellten Memorandum,
das auf der VdW-Jahresversammlung in Marburg a. d. Lahn der Öffentlichkeit vor-
gelegt wurde. Wer schon im Frieden alle Interessen den Belangen der Landesver-
teidigung unterordnen wolle, gebe die Freiheit auf, ehe noch ein Angriff auf
sie begonnen habe.

Nur in dringenden Ausnahmefällen sollte die Bundesregierung zum Inkraftset-
zen wirtschaftlicher Sondervollmachten ermächtigt werden. Diese sollten dann
aber auf eine Frist von sieben Tagen begrenzt bleiben. Man sollte verlangen,
daß ihre Fortgeltung von der Zustimmung des Bundestages abhängig ist.

"Freiheitlichkeit und totale Verteidigungsgereitschaft schließen sich ge-
genseitig aus", schreiben die beiden Wissenschaftler.

"Freiheit bedeutet notwendiger Weise immer auch ein gewisses Maß an Un-
sicherheit". Doch ließen sich auch in einer freiheitlichen Demokratie energi-
sche Verteidigungsvorbereitungen treffen. Im Frieden müßten sich diese aber
auf den militärischen Sektor und den Schutz der Zivilbevölkerung beschränken.
EINE ZIVILDIENSTPFLICHT SEI MIT DEM GRUNDGESETZ NICHT ZU VEREINBAREN.

Auch die im Aufenthaltsregelungsgesetz für Friedenszeiten vorgesehenen Be-
schränkungen der Freizügigkeit stehen nach Auffassung der beiden Wissenschaft-
ler in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der Wehrpflicht. Sie bedeuten
eine zweitweilige Aufhebung der Freizügigkeit und verstießen deswegen gegen
die Verfassung.

"Im Selbstschutz gilt mehr als anderswo der Vorrang der Freiwilligkeit",
heben die Verfasser des Memorandums hervor. Ein vernünftiger Selbstschutz der
Bevölkerung erfordere weder ihre Eingliederung in eine feste Organisation
noch ihre Verpflichtung zu regelmäßigen Übungen, sondern vor allem eine klare
Aufklärung darüber, was "uns im Kriegsfall erwartet und welche Vorsorgemaßnah-
men unter besonders glücklichen Umständen die Überlebenschancen vergrößern
können".

(Rundschau-Nachrichtendienste)

DIE TRAGISCHE DUMMHEIT DER MENSCHEN

Die Zahlen sind der Rede des Präsidenten Eisenhower über den Frieden vom
16.4.1953 entnommen).

Ein Panzer kostet so viel wie 84 Traktoren für die Landwirtschaft.

Ein Flugzeugträger kostet so viel wie Verpflegung für 400.000
Menschen während eines Jahres.

Die Aufstellung und Ausrüstung einer Panzerdivision kostet so viel
wie 32.000 Familienhäuser mit je vier Räumen.

Die Kosten eines einzigen modernen Bombers entsprechen denen von
30 modernen Schulen oder zwei Elektrizitätswerken, deren jedes ein

5/5

eine Stadt von 60.000 Einwohnern beliefern könnte, oder von zwei vollkommen ausgerüsteten Spitälern, oder den Kosten einer breiten Betonstraße von ungefähr 80 Kilometern Länge.

BILANZ DES LETZTEN WELTKRIEGES

Er hat 375 Milliarden Golddollar gekostet.

Mit dieser Summe hätte man:

Jeder Familie des Westens (einschließlich Rußlands) ein Haus im Wert von 75.000 Schweizer Franken und 100.000 Franken in bar schenken, und jeder Stadt mit mehr als 250.000 Einwohnern 125 Millionen für Schulen und eben so viel für Spitäler ~~gegeben~~ gegeben können.

Mit dieser Summe hat man

32 Millionen junge Menschen auf den Schlachtfeldern getötet

20 Millionen Frauen, Greise und Kinder in Luftangriffen ermordet

23 Millionen Menschen in Konzentrationslagern umgebracht

30 Millionen Menschen zu Krüppeln gemacht

22 Millionen Menschen ihrer ganzen Habe beraubt

45 Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertrieben und verschleppt

30 Millionen Wohnungen zerstört

1 Million Kinder ihrer Eltern beraubt.

AUFBRUCH DES GEWISSENS

Erlebnisbericht einer Mutter

Wir verweisen nochmals auf dieses vor längerer Zeit bereits an dieser Stelle besprochene Buch, das jeder, ob jung oder alt, lesen sollte, besonders aber die Jugend, die heute wieder dem Wehrzwang unterworfen wird.

Die Verfasserin, Frau Maria Häffner, hat seit dem Erscheinen des Buches eine große Anzahl von anerkennenden und dankbaren Zuschriften bekommen, nicht nur von Frauen, auch von vielen Männern, die außerhalb der Friedensbewegung stehen.

82 Seiten, kartoniert, Preis DM. 1,50

Ortsgruppen erhalten einen Rabatt von 30 Prozent.

Zu bestellen im Selbstverlag Maria Häffner,

6464 Altenhaßlau, Vor der Au 55

N U R M E N S C H S E I N !

In dieser lesenswerten und aufrüttelnden kleinen Schrift berichtet der Verfasser von seinen Erlebnissen im 1. Weltkrieg, den er als junger Mensch bis zum bitteren Ende durchstehen mußte.

In einzelnen Episoden schildert Hermann Duus das grauenhafte Fronterlebnis, den Wahnsinn des Krieges, das verbrecherische Menschenmorden.

Er wendet sich mit dieser Schrift vor allem auch an Eltern und Erzieher um der Jugend den Weg des Friedens und der Verständigung zu weisen, einen Weg, der nur durch Umdenken und durch Abkehr von längst überholter und irriger Denkweise erreicht werden kann, und um aufzuzeigen, daß Konflikte zwischen den Völkern niemals mit Gewalt und Krieg zu lösen sind.

24 Seiten, kartonierter Umschlag, Preis DM. 2,--

Zu beziehen durch: Selbstverlag Hermann Duus,

518 Wolfsburg, Hochhaus Saarstraße 39 III/5

WEHRPFLICHTRECHT

Ein Kommentar von Dr. jur. Zwingenberger

Dieser Kommentar zum Wehrpflichtrecht in Form eines Taschenbuches herausgebracht, enthält in knapper, klarer und allgemeinverständlicher Fassung Erläuterungen zum Wehrpflichtrecht nach dem neuesten Stande.

Die beiden Änderungsgesetze zum Wehrpflichtrecht vom November 1960 und März 1962 brachten nicht nur Änderungen des Wehrpflichtgesetzes, sondern auch Ergänzungen der Erfassungs- und Musterungsverordnungen, die eingehend in diesem Kommentar behandelt werden. Auch die neu eingeführte Verordnung über Uk-Stellungen ist eingehend besprochen.

Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung sowie das Verfahren zur Anerkennung der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen wird ebenfalls ausführlich behandelt und ist mit Hinweisen auf die Rechtsprechung bei Anführung vieler Entscheidungen des Bundes-Verwaltungsgerichtes und auch anderer Verwaltungsgerichte, sowie entsprechender Literatur recht ausführlich gestaltet.

Das Buch ist erschienen im Verlag W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart, Postfach 747. Taschenbuch 344 Seiten, kasch. Umschlag.

Zu beziehen durch obigen Verlag oder jede andere einschlägige Buchhandlung.

G. Brinkmann

Werben auch Sie für den Informations-Dienst! Leserwerbung ist Friedenswerbung!

Alle Zuschriften und Bestellungen an: Deutsche Friedensgesellschaft,
Abtlg. Informations-Dienst, 4628 Lünen, Gartenstraße 41

Bezugsgebühr jährlich DM. 3,--- einschl. Porto

Zahlungen an: Deutsche Friedensgesellschaft, Bundesgeschäftsstelle,
Castrop-Rauxel 1, Postscheckkonto Dortmund 46902

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich, außer für namentlich gezeichnete Beiträge:
Georg Brinkmann, Lünen.

Druck: Holtkamp-Druck, Lünen.